Nummer 31 — 23. Jahrgang
6mal wöchentl. Bezugspreis: für Februar 2.50 Rent.-Mark
Anzeigen: Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Mark
Preise: Die eingespaltene Petitzeile 20 ₰, f. Familien- u. Vereinsanzeigen, Gesuche 15 ₰. Die Petit-Reklamezeile 89 mm breit, 1 ℳ. Offertengebühr für Selbstabholer 15 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag.
Preis für die Einzelnummer 10 Renten-Pfennig.
Geschäftlicher Teil: Josef Faßmann, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Mittwoch, den 6. Februar 1924
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz. Für undeutlich und durch Fernsprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte und mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags
Hauptschriftleiter: Dr. Josef Albert, Dresden

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden-Altstadt 16, Holbeinstraße 46
Fernruf 32722 / Postscheckkonto Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H. Dresden-Altstadt 16, Holbeinstraße 46

Lord Greve bei Macdonald

Neue Vorschläge für die Verwaltung der Rheinprovinzen — Eine Pfalzregierung aus neutralen politischen Persönlichkeiten?

Eine wichtige Unterredung

London, 5. Februar. Der Pariser britische Botschafter, der sich seit Montag hier aufhält, begab sich gestern abend zu Macdonald. Der stattgefundenen Unterredung mißt man in diplomatischen Kreisen große Bedeutung bei. In der Hauptsache soll sie sich auf die Lage in der Rheinpfalz bezogen haben. Nach glaubwürdigen Informationen zu schließen, hat Lord Greve dem englischen Premierminister neue Vorschläge seitens der französischen Regierung für die Verwaltung der Rheinprovinzen mitgeteilt. Der französische Plan soll namentlich darin bestehen, die Botschafterkonferenz aus neutralen politischen Persönlichkeiten mit der Regierung in der Pfalz zu beauftragen, von der sowohl Nationalisten wie Separatisten ausgeschlossen bleiben sollen. Weiter hat Lord Greve Macdonald wichtige Vorschläge Poincarés betr. eine Abänderung der französischen Ruhrpolitik mitgeteilt. Am Nachmittag begab sich der französische Botschafter St. Aulaire nach dem Foreign Office, wo er mit verschiedenen Unterstaatssekretären eine längere Aussprache hatte. In Londoner diplomatischen Kreisen ging gestern das hartnäckige Gerücht um, daß Macdonald demnächst das Amt des Außenministers abgeben werde, in der Absicht, sich ausschließlich seinen Aufgaben als Premierminister zu widmen.

Macdonald bleibt standhaft

Paris, 5. Februar. (Drahtbericht.) Ueber die neuen Vorschläge, die Lord Greve gestern Ramsay Macdonald zur Lösung der Rheinpfalzfrage mitteilte, wird gemeldet: Der französische Ministerpräsident wünscht in der Hauptsache, daß die interalliierte Rheinlandkommission nach Einsetzung einer neuen unparteiischen Verwaltungsbehörde verhandle, jedoch unter Ausschluß sowohl der Separatisten, als auch der Nationalisten. Der diplomatische Mitarbeiter der Havas-Agentur erfährt hierzu, daß sich die englische Regierung für diese neuen Pläne nicht erwärmen könne, Macdonald bleibe seiner bekannten Auffassung treu, nach der entweder der Haager Schiedsgerichtshof, oder der Völkerbund sich zu dieser Frage stellen müsse.

Französische Industrielle in London

London, 5. Februar. Nach dem „Daily Telegraph" ist eine Anzahl hervorragender französischer Industrieller in London eingetroffen, wohl um den Versuch zu machen, britische Industriekreise und andere Londoner Persönlichkeiten für den Gedanken eines englisch-französischen Zusammenwirkens in der Behandlung der Rhein- und Ruhrindustrie, d. h. also in der Ausnützung der sogenannten produktiven Pfänder zu gewinnen.

Eine deutsche Protestnote

Paris, 5. Februar. Der französischen Regierung ist durch die deutsche Botschaft in Paris wegen der Zustände in der Pfalz eine Protestnote übergeben worden, in der von neuem mit allem Ernst die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die durch die Separatistenherrschaft in der Pfalz geschaffenen Zustände gelenkt wird und sie auf die schwere Verantwortung hingewiesen wird, die sie auf sich nimmt, wenn sie nicht gemäß den ihr als Besatzungsmacht völkerrechtlich und vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen alsbald dafür sorgt, daß die Bevölkerung von den separatistischen Bedrückern befreit wird und die deutschen Behörden in der Pfalz ihre Funktionen wieder frei und unbehindert ausüben können. Die Note bringt eine Reihe von Beispielen, welche beweisen, daß die Separatisten überall die Unterstützung und Förderung durch die französische Besatzungsbehörde genießen. Die deutsche Regierung ersucht daher die französische Regierung, den gesetz- und vertragsmäßigen Zustand in der Pfalz wieder herzustellen und zu diesem Zweck ihre Organe vor allem anzuweisen, 1. die unter ihrer Bildung oder Mitwirkung ausgerüsteten Separatisten zu entwaffnen, ihre Entfernung aus den von ihnen mit der Unterstützung der Besatzungsbehörde besetzten öffentlichen Gebäuden zu ermöglichen und die uneingeschränkte Wiederaufnahme der Tätigkeit der deutschen Behörden wieder zuzulassen. 2. der Rückkehr der von den Separatisten vertriebenen Einwohner keine Hindernisse in den Weg zu legen. 3. sich in Zukunft jeder Einmischung in die deutschen innerpolitischen Verhältnisse insbesondere jeder unmittelbaren oder mittelbaren Unterstützung aufrührerischer Elemente in den besetzten Gebieten zu enthalten.

Große Pfalzkundgebung

Berlin, 5. Februar. Eine große Kundgebung für die Pfalz wird am Sonntag, den 17. Februar, in ganz Deutschland stattfinden. Diese Kundgebung soll sich zu einer Volkskundgebung ausgestalten. Zu gleicher Zeit sollen Mittel gesammelt werden, um das deutsche Volkstum in der Pfalz tatkräftig zu unterstützen. Auch für Berlin sind mehrere Versammlungen beabsichtigt. Die größte Kundgebung wird im Zirkus Busch stattfinden. Hier werden die Minister Dr. Höfle und Stresemann in längeren Ansprachen zur Pfalzfrage Stellung nehmen.

Die weitere Arbeit der Sachverständigen

Berlin, 5. Februar. Die beiden Unterkommissionen und die zweite Kommission für Kapitalflucht setzten ihre Beratungen gestern fort. Im Laufe des Nachmittags fand eine Plenarsitzung statt. Die erste Unterkommission, die am Sonnabend mit Dr. Schacht ihre eigenen Pläne einer Goldnotenbank beraten hatte, erweiterte ihren Entwurf jetzt durch Ergänzung verschiedener Einzelheiten. Die Kommission ist der Anschauung, daß bei einem Thema von so ungeheuerlicher Wichtigkeit nicht gleich ein definitiver Plan aufgestellt werden kann, ohne das vorliegende Material auf das sorgfältigste zu prüfen bezw. zu ergänzen.

Die zweite Unterkommission für die Prüfung des Reichshaushaltes hat sich eingehend mit den von der deutschen Regierung unterbreiteten Einzelheiten befaßt und wird heute die Staatssekretäre Fischer und Schröder über die Einnahme- bezw. Ausgabeseite des Reichshaushaltes hören. Die zweite Kommission für die Kapitalflucht hofft, noch im Laufe dieser Woche ihre Berliner Arbeiten beenden zu können, um sie nach der Rückkehr der gesamten Kommission nach Paris fortsetzen zu können. Die Buchhaltungssachverständigen dieser Kommission bleiben vorläufig noch in Berlin, da bei der Schwierigkeit der von der Kommission aufgestellten Fragen noch nicht sämtliche Antworten von seiten der Regierung eingegangen sind. Die Untersuchungen, die bei der Deutschen Bank am Sonnabend ihren Abschluß gefunden haben, werden im Laufe dieser Woche fast auf sämtliche Großbanken ausgedehnt werden.

Berlin, 5. Februar. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird heute noch einmal vom Währungsausschuß der Sachverständigen gehört werden. Ferner ist eine Besprechung des Sachverständigenausschusses mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther in Aussicht genommen.

Eine Denkschrift über die Besatzungskosten

Berlin, 5. Februar. Den Sachverständigen wird in den nächsten Tagen eine Denkschrift über die Besatzungskosten überreicht werden. Außerdem ist den Besatzungsmächten im Verlaufe der schon seit einigen Wochen schwebenden Verhandlungen über die Herabsetzung oder Tilgung der Besatzungskosten eine Note überreicht worden, in der die Unmöglichkeit der Weiterzahlung der Besatzungskosten dargelegt ist.

Reichsinnenminister Dr. Jarres zur Lage

Harburg, 5. Februar. Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, sprach am Montag auf Einladung der Deutschen Volkspartei in Harburg über die politische Lage. Der Minister begann seine Ausführungen mit dem Ausdruck freudiger Hoffnungen und Ueberzeugung, daß jetzt endlich Klarheit in den deutschen Verhältnissen nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande eintrete. Die Politik der Reichsregierung gehe dahin: **Wir wollen eine Verständigung mit Frankreich versuchen auf wirtschaftlich annehmbare Art. Wir wollen Opfer bringen, soweit wir sie bringen können. Wir sind uns immer klar darüber, daß es schwere Opfer sein werden, aber wir wollen diesen Weg nur gehen auf dem Status quo. Eine Verständigung kann nicht gefunden werden durch Verhandlungen von Privatpersonen und nicht von Parteien, sondern nur durch direkte Verhandlungen von Regierung zu Regierung.** Es wird eine der ersten Aufgaben der Reichsregierung sein, bei den Sachverständigenberatungen den Feinden klar zu machen, daß wir größere Lasten nicht übernehmen können. Das besetzte Gebiet ist heute wirtschaftlich und zollmäßig von uns abgetrennt. Angesichts der furchtbaren Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiet und angesichts der Tatsache, daß das Reich Reparationen nicht leisten konnte, hat sich die Industrie zu dem bekannten Mitumvertrage entschlossen.

Der Minister ging dann im einzelnen auf die Regiebahnen ein. Auch die einst so blühende Rheinschiffahrt ist aus den deutschen Händen geschlagen. Der Redner erinnerte daran, daß als Opfer des Ruhrkampfes etwa 60 000 Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden, Beamte wurden ins Gefängnis gebracht und schmachten noch heute dort hinter Kerkermauern. Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam der Minister dann des näheren auf unsere Außenpolitik zu sprechen, die in 3 Aktionen ihre besonderen Wege geht, und zwar

1. Die Antwort der deutschen Regierung auf die unverschämte Antwort der Franzosen auf unsere Beschwerden wegen der Unterstützung der separatistischen Bewegung.

2. Auf die deutschen Noten, welche die Ehrenpunkte betreffen und die bisher von seiten unserer Feinde eine Ablehnung gefunden haben, während neue diplomatische Aktionen einsetzen.

3. Die Verhandlungen mit den beiden Sachverständigenausschüssen, die jetzt in Berlin weilen.

Die deutsche Regierung hat eingehendes Material in einer umfangreichen Denkschrift diesen Kommissionen vorgelegt, sie wird weiteres über die Besatzungskosten noch vorlegen. Diese beiden Kommissionen müssen sich damit befassen, wieviel kann Deutschland leisten, wenn der Druck, der gegenwärtig auf dem deutschen Volke lastet, genommen wird. Wenn es nicht zu einer Verständigung kommt, dann ist dieser Kampf nur eine kleine Episode in dem furchtbaren Ringen, dann muß die Welt auf die Dauer furchtbares erleben, denn ein Volk, wie das deutsche Volk, läßt sich auf die Dauer nicht unterjochen. Der Minister machte dann noch weitere Ausführungen zur Innenpolitik und sagte in diesem Zusammenhange: **Wir sind davon überzeugt, daß die Rentenmark sich hält, eine zweite Inflation können wir uns nicht leisten.** Zum Schlusse ging der Minister zu der bevorstehenden Terminsetzung für die Abstimmung in Hannover über, und erklärte, daß Preußen in lichten und trüben Tagen alles für seine Provinzen getan habe. Er sei der Ansicht, daß die Abstimmung in der jetzigen Zeit nicht angebracht sei.

Englische Politik

)(Die bedingungslose Anerkennung der Sowjetregierung durch England hat alle Welt überrascht. Gewiß war es ein wahl-programmatischer Punkt der englischen Arbeiterpartei, diese Anerkennung durchzusetzen, falls die Arbeiterpartei an die Macht käme. Das Verlangen danach wird schon seit Jahren betrieben, doch glaubte alle Welt, daß es sich hier mehr oder minder um eine taktische Angelegenheit handele. Wenn nun der englische Ministerpräsident so verblüffend rasch die Anerkennung der russischen Sowjetregierung im englischen Kabinett beschließen ließ, so lagen dafür besondere Gründe vor. Man war unterrichtet darüber, daß Italien seinerseits unmittelbar vor einem Beschluß der Anerkennung Sowjetrußlands stehe. Es hätte gewiß für die englische Arbeiterpartei und ihre Führung einen empfindlichen Schlag bedeutet, wenn das faschistische Italien, das Italien des nationalistischen Diktators Mussolini, früher mit der Anerkennung Rußlands zur Stelle gewesen wäre, als die gegenwärtige englische Regierung mit ihrem sehr starken sozialistischen Einschlag.

Und nun erleben wir das schier Verblüffende, daß nämlich die englische Oeffentlichkeit, auch die englischen bürgerlichen Parteien, mit dem Beschluß des Kabinetts sich im großen und ganzen einverstanden erklären. Man ersieht daraus die ganz andere gerichtete außenpolitische Einstellung des Engländers, gleichgültig auf welchen Parteibänken er sitzt, eine Einstellung, die dem kontinentalen Europa nur sehr schwer verständlich ist. Selbst die äußersten Rechtspolitiker, die Hochkonservativen in England, haben gegen die Anerkennung an sich kaum etwas einzuwenden, sie machen nur Formalgründe für ihre Zurückhaltung geltend, so den Umstand, daß Macdonald diesen Kabinettsbeschluß herbeiführen ließ, ohne vorher mit den Parteien Fühlung zu nehmen. Warum aber rasches Entschließen notwendig war, ist oben bereits dargetan.

Daß England nun mit einem Male eine völlige Schwenkung in seiner Haltung zu Rußland einnehmen werde, ist mit diesem Beschluß der offiziellen Anerkennung Sowjetrußlands indessen nicht gesagt. Schon bisher haben alle englischen Regierungen in sehr engen wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zu Sowjetrußland gestanden. Die englischen Kapital-Konzessionen, an denen ja auch sehr weite Kreise der Hochkonservativen in England mit beteiligt sind, haben zwischen den beiden Ländern schon manche Verbindungen geschlagen, die sich jetzt lediglich formell auswirken. Denn der Zustand, der jetzt geschaffen wird, ist im Grunde nur eine Besiegelung des bisherigen Verhältnisses. Es ist charakteristisch, daß eine Arbeiterregierung bezüglich der sowjetrussischen Propaganda im Ausland mit nicht geringerer Schärfe alle zweckdienlichen Vorbehalte macht, als sie von den früheren englischen Regierungen schon erhoben worden sind.

Aber auch dieser Vorgang zeigt uns wieder die gerade bei uns zu Lande so wenig bekannte und doch so notwendige Betrachtung aller politischen und wirtschaftlichen Lebensfragen einer Nation unter dem Gesichtswinkel der Außenpolitik. Hier ist uns das von einer Arbeiterregierung geleitete England nicht minder ein Vorbild, als das von jeder anderen früheren Regierung geführte Britische Reich. Es gibt eben für England außenpolitisch bestimmte Abhängigkeiten, Notwendigkeiten, auch alte Ueberlieferungen, ja förmliche politische Gesetze, die von keinem Engländer, wie immer außenpolitisch er auch stehen mag, mißachtet werden und an die er sich in seiner ganzen Einstellung zu den Fragen seines Landes unbedingt hält. Den klassischen Beweis, daß dem so ist, liefert gerade jetzt die Regierung des Arbeiterführers Ramsay Macdonald.

Die grundlegende Verschiedenheit des englischen politischen Charakters zu dem Charakter der festländischen Nationen und nicht zuletzt zu dem uns Deutschen anhaftenden Eigenschaften wird aber erst recht gezeigt durch das Verhalten derjenigen politischen Partei in England, die in strikktem Gegensatz zu der Arbeiterpartei, zu den Sozialisten überhaupt, steht. Das englische Bürgertum, auch das hochkonservative, fast nicht etwa der Arbeiterregierung den entschlossenen Kampf an. Die konservativen Blätter erklärten vielmehr, daß sie ihrerseits der Arbeiterregierung keinerlei Schwierigkeiten zu machen gedenken, daß sie vielmehr zu ihrem Teil mithelfen würden, auch unter einer solchen Regierung den Interessen des Landes zu dienen. Es mag ja sein, daß man in England auch diese Dinge gewissermaßen von einem sportlichen Interesse aus betrachtet, und daß man daher gespannt darauf ist, wer in diesem politischen Rennen den Sieg davon trägt. Aber diese Einstellung zeugt andererseits doch auch von einer politischen Reife und auch einer dem Gegner gerecht werdenden Gesinnung, die anderswo nur lehrreich wirken kann. Gerade bei uns zu Lande hat man sich vielfach, und in neuerer Zeit mehr als je zuvor, die üble Gewohnheit angeeignet, in dem politischen Gegner ein Subjekt zu sehen, das man auch mit persönlichen Mitteln unabsehbar bekämpfen dürfe. Das ist eine rückständige Auffassung, bei dem Wesen, Sinn und Ziel der Politik zum Segen des Volkes und der Wohlfahrt des Landes in keiner Weise gerecht wird. Das englische Bürgertum weiß ganz genau, daß die Arbeiterpartei in innerwirtschaftlichen Fragen, namentlich in denjenigen, die den Produktionsprozeß betreffen, ihr erbittertster Gegner ist. Das hindert aber nicht daran, in all den Dingen, die den gemeinsamen Interessen des Landes und der Vertretung und Wahrnehmung dieser Interessen nach außen gewidmet sind, eine schier ungebrochene Front der Angehörigen aller Bevölkerungsklassen zu bilden. Das ist eine Methode, die sich in England gewiß in jahrhundertelanger Ueberlieferung herausgebildet hat und die man freilich nicht von einem Lande verlangen kann, das erst einige Jahrzehnte ein einheitliches Gebilde ist, in welchem sich eine Tradition noch gar nicht entwickelt haben kann. Aber bei aller Zerrissenheit, die Krieg und Unruhen bei uns schaffen und die eine derartige innere und äußere Geschlossenheit nicht aufkommen ließen, könnten wir doch von gewissen Methoden der englischen Politik lernen. Wenn man sich noch daran erinnert, wie bei uns in Deutschland die mit Rußland vor etwa drei Jahren eingeleitete wirtschaftliche Verständigungspolitik bekämpft wurde, wie man die betreffenden Männer um dieser Taktik willen auch persönlich auf das erbitterte angriff und wie einer von ihnen sogar von einer mörderischen Kugel zum